

Die Mehrheit unserer Studenten nutzte die Sommerpause, um sich in vielfältiger Form Kenntnisse anzueignen, die zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft an unserer Universität beitragen. Ganz gleich, ob es sich hier um Reservistenausbildung, vormilitärische Ausbildung oder DRK-Lehrgänge handelte, alle diese oft nicht leichten Übungen waren getragen von den Erfordernissen und dem tiefen Verständnis für eine sozialistische Wehrpolitik, die für uns alle immer bedeutsamer wird und die sich schließlich in jedem von uns in einer sozialistischen Wehrmoral und in der Erkenntnis sozialistischer Wehrmotive äußern muß.

Der Ausgangspunkt für die Aneignung der sozialistischen Wehrmoral und für die richtige Erkenntnis sozialistischer Wehrmotive ist zweifellos bei jedem von uns die Frage — warum tritt die sozialistische Wehrerziehung in ihrer ganzen Vielfalt jetzt so sehr in den Vordergrund?

Einer der hauptsächlichsten Gesichtspunkte dafür ist die in der letzten Zeit vor sich gegangene Verschärfung der Spannungen in der Weltarena. Diese Entwicklung, die vor allem von der aggressiven Haltung der USA und Westdeutschlands bestimmt wird, hat ihre Ursache vor allem in folgendem Tatbestand.

„In den USA und in Westdeutschland war in den letzten Jahren einerseits der ökonomische und militärische Machtzuwachs des Imperialismus im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten am größten und schnellsten; andererseits sind in diesen Ländern die antimonomopolistischen demokratischen Volkskräfte im Vergleich zu anderen entwickelten kapitalistischen Staaten mehr zersplittert und schwächer. Dies erklärt den starken Einfluß der extremen Kräfte des Monopolkapitals in beiden Staaten und die Bereitschaft der Regierungen zu aggressiven Vorstößen. Die Regierungen Johnson und Erhard bilden zueinander die aggressive Vorhut des Weltimperialismus, die mit zunehmenden militärischen und politischen Aggressionshandlungen den Vormarsch der Kräfte des Friedens und des Sozialismus aufhalten und zurückdrängen wollen.“¹⁾

Diese theoretische Analyse wird tagtäglich durch die praktische Entwicklung in der Politik und den Maßnahmen dieser Staaten bestätigt, so u. a. durch die verbrecherische Politik der USA in Vietnam.

Doch andererseits muß man im Hinblick auf unsere deutsche Situation, gewissermaßen als Beitrag zur Klärung der historischen, nationalen Mission unserer DDR, für die Aspekte der Verbesserung und Erhöhung der Wehrerziehung und der Schaffung einer sozialistischen Wehrmoral besonders von einer exakten Analyse der Haltung, Entwicklung und des Potentials des westdeutschen Imperialismus ausgehen.

Die Zuwachsraten des ökonomischen Potentials des westdeutschen Imperialismus liegen in den letzten Jahren zwischen drei und acht Prozent. Der westdeutsche Imperialismus setzt damit besonders über die großen Konsumbetriebe seine Expansionsbestrebungen nach innen und außen fort. Diese Entwicklung ist jedoch mit der zunehmenden Verschärfung eines Widerspruchs zwischen gewachsener ökonomischer Macht und Stärke der Monopole und des Bonner Staates und der für sie beschränkten politischen und militärischen Position in der Welt verknüpft. Das versuchen sie durch zunehmende Rüstung, durch allseitige Stärkung ihres militärischen Potentials, sowohl atomar als auch konventionell, zu überwinden, um zu gegebener Zeit eine Lösung dieses Widerspruchs durch Raub, Annexion und Krieg durchzuführen zu können.

Gegenwärtig macht sich besonders in Westdeutschland eine neue Tendenz bemerkbar, die vom ZK der SED eingehend analysiert wurde und in deren Resultat Walter Ulbricht auf dem 10. Plenum feststellen konnte, daß zwar trotz der von Bonn geschürten Kriegshysterie gegenwärtig keine akute Gefahr der Kriegsprovokation besteht, aber real und unmittelbar eingeschätzt werden müsse, daß die Bonner Regierung die psychologische Kriegsvorbereitung, die Organisation einer neuen Vorkriegszeit, eines neuen Krieges betreibt.

Unter diesem Programm steht die Wahlvorbereitung in Westdeutschland, die dazu ansetzen worden ist, die westdeutsche Bevölkerung auf der Basis eines zügellosen Antikommunismus und Revanchismus systematisch, sozusagen tropfenweise, auf den Krieg und die dazu notwendigen Maßnahmen vorzubereiten. Die Bonner Regierung spricht deshalb heute offen über die Kriegsvorbereitungen, sie hält die Zeit für gekommen, um die Massen wieder an den Krieg heranzuführen. Für uns ist es deshalb um so notwendiger, vor der westdeutschen Bevölkerung und unseren Bürgern das Geheimnis solcher Kriegsvorbereitungen zu entschleiern.

In Westdeutschland haben sich hervorgerufen durch die umfassende Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine Reihe neuer Formen und Methoden der Machtausübung der aggressiven Monopole ergeben. Geblieben ist jedoch wie ehedem die besonders gefährliche Aggressivität des deutschen Imperialismus, ja, sie hat sich in der letzten Zeit enorm verschärft. Das ist nicht zuletzt aus dem immer stärker hervortretenden Widerspruch zwischen gewachsener ökonomischer Macht und Stärke der Monopole im Bonner Staat und der für die westdeutschen Imperialisten beschränkten politischen und militärischen Position in der Welt zu erklären.

Militärisch und rüstungswirtschaftlich haben sich in Westdeutschland seit 1960 sukzessive besorgniserregende Veränderungen ergeben. Heute hat der Bonner Staat 440 000 Soldaten und Offiziere aktiv unter Waffen. Dazu kommen über 600 000 Reservisten der Bundeswehr. In welchem Geist

Dr. Hilmar Sachse

DER STUDENT UND DIE POLITISCHE REALITÄT

Antwort auf die Frage: Warum ging es in den Sommerlagern um Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft?

alle diese Soldaten erzeugen werden, geht aus einer westdeutschen Umfrage hervor, die besagt, daß etwa 93 Prozent von ihnen die DDR und das sozialistische Lager als ihren natürlichen Feind betrachten. Zu diesem Kern der Bonner Armee gehören weiterhin noch über 150 000 sogenannte Zivilangestellte der Bundeswehr, die im Versorgungswesen sowie im Leitungsapparat des Kriegsministeriums tätig sind und die eine zusätzliche militärische Reserve darstellen. Insgesamt stehen den Bonner Militaristen damit 1,2 Millionen Menschen, militärisch ausgebildet, als Stützpunkt für ihre aggressiven Ziele zur Verfügung.

Es genügt jedoch nicht allein, die gestiegene Aggressivität in Westdeutschland von der personellen Seite her zu betrachten.

Ein wichtiger Faktor ist weiterhin die materiell-technische Ausrüstung der Bundeswehr über Rüstungsaufträge aus der westdeutschen Wirtschaft. Das zeigt sich in folgendem: In Westdeutschland existieren heute zwölf Divisionen des Heeres, sieben Luftwaffendivisionen und 25 Marinegeschwader. Diese Kräfte verfügen u. a. über nahezu 200 Atomgeschütze bzw. Abschulbbasen für Atomraketen, 1300 Flugzeuge, 200 Schiffe, 2440 Geschütze und Granatwerfer sowie 3300 Panzer²⁾. Die besonders gefährliche Aggressivität des westdeutschen Imperialismus wird deutlich, wenn man sich ansieht, wo der Hauptteil dieser ausgesprochenen Angriffswaffen heute wieder produziert wird. Nehmen wir als Beispiel die Ausrüstung der Panzertruppe.

Die faschistische Wehrmacht besaß 1939, also zu Kriegsbeginn, 3200 Panzer. Heute hat Westdeutschland (selbstverständlich entsprechend dem veränderten Stand der Technik) dieses Potential bereits überboten. Das spricht zunächst schon für sich selbst. Bisher waren diese Panzer jedoch vorwiegend ausländischen Ursprungs. Dadurch haben sich die Militaristen in Bonn in ihren Aggressionsbestrebungen eingeschränkt. Um ihre Ziele unabhängig von äußeren Faktoren zu verwirklichen, forcieren sie den Aufbau der westdeutschen Rüstungsindustrie auf bestimmten Gebieten. Gegenwärtig konzentriert sich das besonders auf die Panzerproduktion. Über 2000 Panzer „Leopard“ sowie gepanzerte Fahrzeuge aller Typen werden unter Leitung der Krauss-Maffei AG (Fluck-Konzern) und der Rheinmetall-Hanomag und Henschel AG (IG-Farben-Gruppe) in über 30 Betrieben Westdeutschlands produziert. Damit verliert sich die Aggressivität der Rüstungsmonopole und gleichzeitig trägt das zur breiten Streuung der Rüstung innerhalb der westdeutschen Industrie bei, was nichts anderes heißt, als das neben den 30 Neben- und Teilproduzenten Tausende von Zuliefer- und Kooperationsbetrieben enger an die aggressiven Monopole gebunden und auf Rüstungsproduktion ausgerüstet werden.

Dabei geben die westdeutschen Imperialisten beim Aufbau dieser Rüstungsindustrie neue Wege im Gegensatz zu früher. Sie schaffen sich in den aggressiven Konzernen und bei Teilen des nichtmonopolisierten, aber abhängigen Kapitals rüstungswirtschaftliche Teilkapazitäten für eine umfassende Kriegsproduktion.

Sie verfolgen gegenwärtig das Ziel, etwa 10 bis 20 Prozent der vorhandenen industriellen Kapazitäten in den verschiedensten Bereichen wie z. B. Elektrotechnik — Elektronik, Fahrzeugbau und ähnlicher

kriegswichtiger Zweige direkt der Rüstung zur Verfügung zu stellen. Dort sollen moderne Waffen und Gerätesysteme auf Basis modernster Produktionsorganisation laufend produziert werden, die als sogenannte Musterwaffen oder „gefrorene“ Typen gelten. 80 bis 90 Prozent der westdeutschen Industriekapazitäten stehen dafür andererseits ziviler Produktion zur Verfügung. Ziel des westdeutschen Imperialismus ist es jedoch, in den obengenannten Bereichen möglichst die Produktion so auszurichten, daß sie sofort von ziviler auf direkte Rüstungsproduktion umgestellt werden kann, das heißt daß zum Tage „X“ sofort (ohne Mobilmachung) das gesamte Industriepotential, die bis dahin gefrorenen Waffentypen in Massenproduktion liefern kann. In diesem Prozeß kommen die technischen Umwälzungen im Militärwesen, die die Grenzen zwischen Zivil- und Rüstungsproduktion äußerst fließend gestalten, den aggressiven Bestrebungen der Militaristen im großen Maße entgegen.

Als Vorbild einer derartigen Rüstungspolitik entwickelten und solche bereits erwähnten ausgesprochenen Rüstungsunternehmen wie die Krauss-Maffei-AG und der Rheinmetall-Henschel-Konzern. Die Produktionskapazitäten sind hier bereits in

etwa 30 Prozent Rüstungs- und 80 Prozent Zivilproduktion gespalten, wobei im Rüstungsteil modernste Panzer und Schützenpanzer als „gefrorene“ Typen gefertigt werden. Die Produktionsorganisation und die Struktur der Produktion dieser Betriebe wird parallel dazu zunehmend darauf ausgerichtet, möglichst solche Ergebnisse im zivilen Bereich herzustellen, deren Verwendungszweck eine Umstellung von Zivil- auf Rüstungsproduktion ohne weitgehende Veränderung des Produktionsprozesses ermöglicht.

Um die Widersprüche, die sich daraus ergeben, möglichst abzuschwächen, versuchen die westdeutschen Rüstungsmonopole im Verein mit den Militaristen im Staatsapparat immer stärker, die Realisierung ihrer aggressiven Rüstungskonzeption in langfristige programmierte Bahnen zu lenken. Dabei nutzen sie entsprechend dem Stand der Vergesellschaftung der Produktion den objektiv notwendig gewordenen gesamtgesellschaftlichen Regulierungseffekt zuerst und überwiegend zur Stärkung der Aggressivität des Bonner Staates. Bestimmte Methoden der Prognostizierung, die Programmierung, die moderne Rechentechnik, die Variantenanalyse sowie die Anwendung kybernetischer Modelle werden in den Dienst der kriegswirtschaftlichen Vorbereitung gestellt. Sie dienen heute in Westdeutschland auf staatlicher Basis bisher fast ausschließlich nur zu Rüstungszwecken und nicht, wie bei uns im Rahmen des Aufbaus des NÖS ausschließlich friedlichen Zielen. Die Rüstungsproduktion in Westdeutschland soll für die Rüstungskonzerne eine langfristige „planmäßige“ Einrichtung ihrer Profite gewährleisten. Deshalb wird die gesamte Aufrüstung auf eine fünf- bis siebenjährige Programmierung zugeschnitten. Spezielle Datenverarbeitungsanlagen im Kriegsministerium sollen die Rüstungsprogramme jeweils in mehreren Varianten ausarbeiten, um den Gegebenheiten, die sich aus der Labilität und den Widersprüchen des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems ergeben, im besonderen Maße als bisher gerecht zu werden.

Erste Ergebnisse wollen die Bonner Militaristen bereits für den Panzerbau vorlegen. Die Rüstungsaufträge für die Panzerproduktion sollen dadurch eine Laufzeit von etwa vier Jahren erreichen. Das gibt den Rüstungskonzernen die Möglichkeit der langfristigen Programmierung ihrer Profite und verschafft ihnen Vorteile gegenüber anderen Produzenten, die ständig um die Auslastung ihrer Kapazitäten kämpfen und nicht auf staatliche Bestellungen für mehrere Jahre zurückgreifen können. Neben diesen Methoden der forcierten Rüstungsvorbereitung und der Verleitung der Aggressivität im Bonner Staat treten auch in der Organisation der umfassenden Militarisierung der Wirtschaft neue Momente hervor, die sie als rüstungswirtschaftliche Leitlinien ihres aggressiven Kriegsbüßens bezeichnen. Sie gehen dabei von folgenden Überlegungen aus: „Da sich mit Rücksicht auf die entscheidende Bedeutung der Anfangsphase eines Krieges unterlassene Verteidigungsvorbereitungen (sprich: Kriegsvorbereitung, H. S.) in keinem nennenswerten Umfang mehr nachholen lassen, liegt die Stärke einer Nation im wesentlichen in dem Potential begründet, das vor der Eröffnung der Feindseligkeiten bereits vorhanden ist. Im Gegensatz zu früher hat damit die Frage des Umfangs der Verteidigungsbereitschaft (sprich: Kriegsbereitschaft, H. S.) eine zeitliche Verschiebung nach vorn, das heißt in den Zeitraum vor Ausbruch der Feindseligkeiten erlangt. Die Grenzen für die Entwicklung des Verteidigungssystems (sprich: aggressives Kriegssystem, H. S.) werden durch die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft gesteckt, deren Stabilität nicht gefährdet werden darf, wenn die Quellen erhalten werden sollen, welche das gesamte Verteidigungspotential (s. o.) speisen.“³⁾

Diese Vorstellungen finden wirtschaftlich und politisch die volle Unterstützung der Vertreter des aggressiven Monopolkapitals. In ihren Überlegungen zur Kriegsvorbereitenden Lenkung und Leitung der

Wirtschaft greifen sie dabei sofort auf ihre faschistischen Erfahrungen zurück. Sie fordern deshalb in jüngster Zeit im Gegensatz zu den Jahren vorher den erneuten Aufbau eines solchen rüstungswirtschaftlichen Lenkungssystems für Westdeutschland, wie es sich in der Periode des totalen faschistischen Krieges bewährt habe. Sie erklären: „Es handelt sich um das Lenkungssystem der Ringe und Ausschüsse der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in Verbindung mit ministeriellen Dienststellen.“⁴⁾ Gegenüber der faschistischen Handhabung gehen diese Vertreter sogar noch weiter, indem sie vorschlagen, daß „die Ringe und Ausschüsse für die gesamte Wirtschaft vorgesehen werden, da keine Teilung in Rüstungs- und Zivilsektoren mehr möglich ist.“⁵⁾

Mit anderen Worten kranzleuchtet das im Endeffekt die totale organisatorische Einbeziehung der gesamten Wirtschaft in das direkte Kriegspotential des Bonner Staates und die Verwirklichung der Notstandsgesetze unter der Führung der Rüstungsmonopole. Das ist offene kriegswirtschaftliche Vorbereitung für den Bereich der gesamten westdeutschen Wirtschaft.

Alle diese Maßnahmen und neuen Methoden werden damit als Bestandteile des Bonner Kriegsvorbereitung entlarvt, die gleichzeitig auch die Kontinuität zum Faschismus offenbaren und die belegen, daß Westdeutschland heute in eine neue Phase der Kriegsvorbereitung eingetreten ist.

Diese Situation erfordert von uns eine hohe Wehrmoral, die von dem Bewußtsein durchtrungen sein muß, daß wir die Zukunft Deutschlands, Deutschland überhaupt verteidigen und damit im Interesse der nationalen Mission handeln. Das erfordert die Entwicklung hoher moralischer Qualitäten überhaupt, die sich im Studium jeder sozialistische Student aneignen muß. Fleiß, Ausdauer, selbstloser persönlicher Einsatz, im gewissen Grade persönliche Opfer, Kontinuität, bewußte Verwirklichung bestimmter hoher Aufgaben, die Aneignung eines klaren Klassenstandpunktes und seine konsequente Verteidigung, das sind doch zweifellos charakteristische Eigenschaften, die in sich vereint das Bild eines sozialistischen Studenten zeichnen. Diese Eigenschaften bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine sozialistische Wehrmoral.

Mit diesem Bestandteil sozialistischer Wehrmoral wird zugleich eines der Wehrmotive sichtbar, das den Reifegrad politischer Überzeugung deutlich werden läßt. Die Herausbildung der Charaktereigenschaften eines sozialistischen Studenten vollzieht sich im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft, doch zweifellos ist das nur vollständig möglich, wenn sich die persönlichen Interessen dazu in Übereinstimmung befinden. Deshalb darf bei der Herausbildung der Wehrmotive für einen sozialistischen Studenten sein persönlicher Bereich, seine eigene konkrete Lebenswelt, die Möglichkeit eines sorgenfreien Studiums nicht außer Acht gelassen werden. Jeder Student verdient nicht nur die DDR und Deutschland schlechthin, er hat vielmehr für die Erhaltung seiner Persönlichkeit, seines Studiums, der großen Möglichkeiten, die ihm geboten werden, verantwortlich.

Und hier ist es besonders der Student, der etwas zu verteidigen hat, das wurde nicht zuletzt am 1. Juli festlich, wo die Studenten und der Lehrkörper in Westdeutschland um die primitivsten Grundrechte und Grundlagen eines Studiums und der Forschung auf die Straße gehen mußten, um danach von Erhard verböhnt zu werden.

¹⁾ Bericht des Politbüros an das 10. Plenum des ZK der SED, ND vom 23. Juni 1965, S. 4.
²⁾ Vgl. Einheit Nr. 5/1965, S. 32.
³⁾ „Wehrwissenschaftliche Rundschau“, Nr. 12/1964, S. 734.
⁴⁾ Ebenda, Nr. 1/1965, S. 53.
⁵⁾ Ebenda, S. 54.

